

Kaunertals Bürgermeister unter Druck

Schriftstücke, wonach hinter seinem Gemeinderatswahlkampf die Tiwag gestanden habe, bringen Kaunertals BM Raich in Bedrängnis.



Im Kaunertal sprühen wieder die Funken. Diesmal geht es um den Gemeinderatswahlkampf von BM Josef Raich.

Foto: Tiwag Netz AG

Von Peter Nindler

Innsbruck – Tiwag-Kritiker Markus Wilhelm ortet auf seiner Homepage www.dietiwag.org politische Korruption in Dokumenten. Auf neun Seiten lässt er den Gemeinderatswahlkampf von Kaunertals Bürgermeister Josef Raich Revue passieren. Aus den ihm vorliegenden Dokumenten folgert der Tiwag-Kritiker, dass sich Raich vor den Karren der Tiwag spannen habe lassen. Im Kaunertal plant die Tiwag bekanntlich eine Erweiterung des Kraftwerks und einen zweiten Speicher.

Die Grünen sprechen bereits von einem Kaunertaler Watergate: „Das ist ein Fall für den Landesrechnungshof“, fordert LA Maria Scheiber. Denn für sie habe sich ein VP-Bürgermeister von der landeseigenen Tiwag seinen Wahlkampf finanzieren lassen.

Bindeglied ist die Kommunikationsagentur Hofherr, die die Tiwag seit Jahren im Zusammenhang mit den Kraftwerksvorhaben berät. Sie hat im Gemeinderatswahlkampf auch Raich gecoacht. Im Mittelpunkt steht dabei ebenfalls das Thema Kraftwerksausbau im Kaunertal. Aus den jetzt von Markus Wilhelm veröffentlichten Tiwag-Strategiepapieren geht hervor, dass Raich unbedingt unterstützt werden soll, weil er ein verlässlicher Ansprechpartner für die Tiwag sei. Auch dass sich Raich wenige Tage vor der Wahl aus taktischen Gründen gegen den Speicherstandort Fernnergries ausgesprochen hat, soll Teil der Kommunikationsstrategie gewesen sein.

Im Gespräch mit der TT weist Raich Spekulationen zurück, dass sein Wahlkampf von der Tiwag gesponsert worden sei. „Das ist ein Blödsinn. Ich habe lediglich die Prologo beauftragt, meinen Wahlkampf und die Werbefolder zu gestalten. Dafür habe ich 950 Euro gezahlt.“ Die Prologo gehört zu 51 Prozent Hofherr Communication.

Hinter seinem Wahlkampf könne laut Raich auch Strategie der Tiwag stecken, „weil ich mir auch keine aufzwingen lasse“. Er stehe skeptisch zur Realisierung des Speichers am Fernnergries, aber es geht auch um das öffentliche Interesse“. Deshalb verschließe er sich auch Gesprächen nicht. „Aber ich werde immer im Sinne der Bevölkerung verhandeln.“